

RS Vwgh 2007/7/2 2006/12/0087

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 02.07.2007

Index

L26003 Lehrer/innen Niederösterreich
10/07 Verfassungsgerichtshof
10/07 Verwaltungsgerichtshof
40/01 Verwaltungsverfahren
64/03 Landeslehrer

Norm

AVG §8;
LDG 1984 §26 Abs1 idF 1996/329;
LDG 1984 §26 Abs7 idF 1996/329;
LDG 1984 §26a Abs1 idF 1996/329;
LDG 1984 §26a Abs2 idF 1996/329;
LDHG NÖ 1976 §7 Abs1 idF 2600-3;
VerfGG 1953 §87 Abs2;
VwGG §42 Abs2 Z1;

Rechtssatz

Nach den E VwGH vom 16. Juni 2003, 2002/12/0285, und vom 31. Jänner 2007, 2005/12/0188, darf einem im vorgängigen Verfahren vor dem VfGH erfolgreichen, jedoch im Ernennungsverfahren unterlegenen Bewerber nach dem Grundsatz der Effektivität des verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes aus der von ihm erfolgreich bekämpften Ernennung des Mitbeteiligten kein Nachteil erwachsen. Der Ernennungsbehörde soll es nämlich verwehrt sein, durch als verfassungswidrig erkannte Ernennungsakte gleichsam "vollendete Tatsachen" zu schaffen. Ein vor seiner erstmaligen Ernennung bestandener Eignungsnachteil könnte daher nicht allein mit dem Argument aufgewogen werden, der zunächst zu Unrecht ernannte Mitbeteiligte habe während seiner auf die Ernennung gegründeten Tätigkeit nunmehr gerade jene Erfahrungen gesammelt, welche ihm im Zeitpunkt der Erlassung des aufgehobenen Ernennungsbescheides noch gefehlt hätten. Im nunmehr angefochtenen Ersatzbescheid stellte die belBeh den Bf dem Mitbeteiligten gegenüber und räumte dem Bf bei den Kriterien "Vorrückungstichtag" und "Verwendungsdauer" sowie auf Grund der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens einen - wenn auch nach Ansicht der belBeh geringen - Vorzug vor dem Mitbeteiligten ein. Als ausschlaggebend erachtet sie letztlich die tatsächliche Leitung der Schule durch den Mitbeteiligten seit mehr als zwei Jahren, sohin auf Grund der Ernennung im Jahre 2003. Damit führte sie gerade einen solchen Umstand ins Treffen, der unmittelbare Folge einer als verfassungswidrig erkannten Berufungsentscheidung im ersten Rechtsgang war. Mit dem aufhebenden E VfGH sollte aber der Weg eröffnet werden, die Rechtmäßigkeit der von der Behörde erster Instanz ausgesprochenen Ernennung des (Verleihung der schulfixen Leiterstelle an den) Mitbeteiligten zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund gilt der Grundsatz der Effektivität des verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes (mit der oben aufgezeigten Folge) auch bei einem instanzenmäßig gegliederten Ernennungsverfahren für das fortgesetzte Berufungsverfahren vor der belBeh, das zum angefochtenen Bescheid führte. Anderweitige Gesichtspunkte, die zu Gunsten des Mitbeteiligten einen Eignungsvorsprung herstellen und vom als verfassungswidrig erkannten Rechtsakt selbständig bestehen könnten, vermag die belBeh nicht aufzuzeigen. (Der angefochtene Ersatzbescheid erging in Bindung (§ 87 Abs. 2 VerfGG) an das E VfGH vom 29. September 2005, B 935/04, VfSlg 17642/2005.)

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:2006120087.X02

Im RIS seit

26.07.2007

Zuletzt aktualisiert am

27.04.2010

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at